

# Jukos-Imperium schlägt zurück

Manager der zerschlagenen russischen Erdölfirma wollen den Kreml zur Kasse bitten

**Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt über die Enteignung des russischen Erdölkonzerns Juko. Es geht um die höchste Summe, über die der Strassburg je entschieden hat.**

CHRISTIAN WEISFLOG, MOSKAU

Die Summe ist astronomisch: 98 Milliarden US-Dollar fordern die Jukos-Manager vom russischen Staat. Das entspricht knapp einem Viertel der russischen Währungsreserven. Aber Juko war einst eben auch Russlands grösste Erdölfirma, und die Anklageliste seitens der Manager ist lang. Bei der Zerschlagung von Juko habe der Staat die Rechte auf Eigentum sowie auf ein faires und nicht diskriminierendes Verfahren verletzt, glauben die Kläger.

**Der Kreml wird nervös**

Für die Verhandlungen in Strassburg zeigen sie sich zuversichtlich. Denn normalerweise tritt der völlig überlastete Gerichtshof nur auf Klagen ein, wenn sie ihm berechtigt scheinen. «Dies trifft lediglich auf fünf Prozent der eingereichten Fälle zu», betonen die ehemaligen Jukos-Manager in einer Pressemitteilung.

Der Kreml hingegen ist sichtlich nervös. Bereits zweimal hatte er den gestrigen Verhandlungstermin hinausgezögert. Unter anderem, indem er den russischen Richter in Strassburg auswechseln liess, der sich mit dem Jukos-Fall beschäftigt. Früher war dies Waleri Musin, ein ehemaliger Dozent von Regierungschef Wladimir Putin und Präsident Dmitri Medwedew an der Rechtsfakultät in St. Petersburg. Jetzt wurde Musin durch Andrei Buschew ersetzt, einen früheren Studienkollegen von Medwedew.

Die Jukos-Manager sind indessen nicht die einzigen Geschädigten, die eine Klage an einem internationalen Gericht eingereicht haben. Ehemalige Aktionäre und Investmentfonds versuchen derzeit, ihre Rechte an Schiedsgerichten in Stockholm und Den Haag geltend zu machen. Hier geht es nochmals um Schadensersatzforderungen von über 100 Milliarden Dollar.

**Respekt für Chodorkowski wächst**

Gleichzeitig scheint die öffentliche Meinung in Russland langsam zu Gunsten des inhaftierten ehemaligen Jukos-Mehrheitsaktionärs Michail Chodorkowski zu kippen. Die Absurdität der Anklage entlarvt das zweite Gerichtsverfahren definitiv als politi-



**KILOWEISE DOKUMENTE** Rechtsvertreter Russlands schleppen ihre Prozessunterlagen zum Gericht. VINCENT KESSLER/REUTERS

schen Schauprozess. Gemäss neusten Umfragen empfinden knapp 60 Prozent der russischen Bürger die neuen Vorwürfe als ungerecht. Insbesondere in Kreisen der Moskauer Intelligenzija wächst der Respekt für Chodorkowski, der in Zeitungsartikeln und Interviews immer wieder messerscharfe Analysen der russischen Realität abliefern.

Diese Woche nahm sich Chodorkowski in der Tageszeitung «Nesawissimaja Gaseta» das russische Justizwesen vor, dessen Vertreter in jüngster Zeit wieder-

holt mit Gräueltaten für Schlagzeilen gesorgt hatten. Russische Richter und Staatsanwälte suchten nicht nach der Wahrheit, schreibt Chodorkowski und fügt hinzu: «Ihr Geschäft ist die Legalisierung von Gewalt.»

**Drohung an die Adresse Putins**

Entweder für Geld oder auf Anweisung von oben werde jedes Verbrechen legalisiert. Dieses «gewalttätige Fliessband» könne aber nicht ewig funktionieren, prophezeit Chodor-

kowski. «Denn es produziert jedes Jahr Tausende Leute, die das System hasen», so Russlands Häftling Nummer eins. Seine Worte klingen wie eine Drohung an Putins Adresse.

Das Momentum ist auf Chodorkowskis Seite. Auch Putin spürt das und reagiert nervös. Am Fernsehen und an einer Pressekonferenz in Paris bezeichnete der Regierungschef Chodorkowski vor wenigen Monaten indirekt als Mörder und verglich ihn mit dem Mafia-Paten Al Capone.

## So wurde der Jukos-Konzern zerschlagen

Im September 2003 kamen die russischen Steuerbehörden zum Schluss, dass Juko seine Abgaben vollständig bezahlt habe. Nach der Verhaftung des Mehrheitsaktionärs und Vorstandsvorsitzenden Michail Chodorkowski im Oktober 2003 wendete sich das Blatt jedoch. Der Staat stellte Steuernachforderungen für die Jahre 2000 bis 2003 im Umfang von über 16 Milliarden Dollar – mehr als die Einnahmen des Konzerns in diesen Jahren.

Im April 2004 räumten die Behörden Jukos zwei Tage Zeit ein, um

mehrere Milliarden für das Jahr 2000 nachzuzahlen. Durch den Verkauf von Vermögenswerten hätte das Unternehmen der Forderung nachkommen können. Doch ein Gericht in Moskau liess die Konten von Juko einfrieren. Ende 2004 ordnete der Staat die Zwangsversteigerung des Jukos-Förderbetriebs Juganskneftegas an, der für den Mutterkonzern 60 Prozent des Erdöls lieferte. Eine ominöse Briefkastenfirma namens «Baikalfinanzgruppe» war die einzige Bieterin und kaufte die lukrative Jukos-Tochter weit unter Markt-

wert. Wenig später ging Juganskneftegas in den Besitz des russischen Staatsunternehmens Rosneft über. Chodorkowski, der sich seine politischen Überzeugungen nicht von Putin diktieren lassen wollte, wanderte 2005 wegen Steuerhinterziehung für acht Jahre ins Gefängnis. Momentan steht er wieder vor Gericht. Es wird ihm nun vorgeworfen, das von Juko zwischen 1998 und 2003 produzierte Erdöl geklaut und den Gelderlös daraus gewaschen zu haben. Mögliche Höchststrafe: 22 Jahre Haft. (CHW)

## Irak-Wahl beginnt mit Gewalt

Al-Kaida will Urnengang mit allen Mitteln verhindern

MICHAEL WRASE, LIMASSOL

Schlechter Auftakt für die Wahl im Irak: Extremisten griffen gestern mehrere Wahllokale an, in denen Angehörige der Sicherheitskräfte ihre Stimmen abgaben. Nach Angaben der Polizei starben 13 Menschen, darunter mehrere Soldaten und ein Selbstmordattentäter. Al Kaida scheint immer noch in der Lage zu sein, ihren Absichtserklärungen auch Taten folgen zu lassen. Das erklärte Ziel der islamistischen Terrororganisation ist es, die Parlamentswahl vom Sonntag mit allen Mitteln zu verhindern.

**Relative Sicherheit und Wohlstand**

Premier Nuri al-Maliki versuchte im Wahlkampf, vor allem mit dem Thema Sicherheit Stimmen zu gewinnen. In Bagdad könne man wieder ruhig schlafen, verheissen Poster seiner Partei, und im Rest des Landes herrsche tiefer Frieden. Zudem gehe es den Irakern auch materiell viel besser als vor vier Jahren. Der Durchschnittslohn beträgt inzwischen tatsächlich 900 Dollar.

Al-Malikis Partei wird nach letzten Umfragen etwa 30 Prozent der Stimmen erhalten. Acht Punkte weniger soll die überkonfessionelle Irakisch-Nationale Bewegung al-Irakiya des säkularen Schiiten Ijad Allawi erhalten. Auf der Liste des angeblich von Saudi-Arabien unterstützten Ex-Premiers wollten auch 150 Kandidaten kandidieren, die bereits unter Saddam Hussein Politiker waren. Dies verhinderte jedoch die von al-Malikis Gefolgsleuten dominierte Wahlkommission und sorgte mit dieser Entscheidung für inzwischen etwas abgeflaute Hochspannung zwischen den Konfessionen.

Als Wahlverlierer haben die Demoskopen die religiösen Parteien ausgemacht. Die beiden grossen Kurdenparteien werden von der reformistischen Partei Goran herausgefordert, die bei den kurdischen Regionalwahlen einen Viertel der Stimmen bekam.

**Hass auf Maliki eint Opposition**

Sollten sich die Wahlprognosen bestätigen, dann wird al-Maliki zwar den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten. Ob es ihm gelingen wird, Koalitionspartner zu finden, ist jedoch ungewiss. Maliki wird von seinen politischen Kontrahenten als «kleiner Diktator» verunglimpft. Der Hass auf den amtierenden Premier hat die Opposition vereinigt. Keinesfalls sicher ist indes, ob sich seine Widersacher auch auf eine gemeinsame politische Plattform verständigen können.

Am Sonntag sind 19 Millionen Iraker dazu aufgerufen, in über 50 000 Wahllokalen ihre Stimme abzugeben. 400 internationale Beobachter überwachen die Parlamentswahl. Um die Gefahr von Anschlägen zu verringern, wird am Wahltag das Autofahren verboten.

## USA: Verfolgung von Armeniern war Völkermord

Türkei ruft umgehend Botschafter in Washington ab

Trotz des Einwands der US-Regierung hat der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses eine umstrittene Resolution angenommen, die die Tötung Hunderttausender Armenier während des Ersten Weltkriegs in der Türkei als Völkermord bezeichnet. Die Resolution wurde gestern Abend sehr knapp mit 23 zu 22 Stimmen angenommen. Die Regierung von Präsident Barack Obama hatte zuvor eine Beleidigung der Türkei im Fall einer Annahme gewarnt. Die türkische Regierung hat nach dem Entscheid umgehend gehandelt: Sie ruft den Botschafter in Washington ab. Die Aberufung trete sofort in Kraft, teilte die Regierung in Ankara mit.

Das NATO-Mitglied Türkei ist ein wichtiger Verbündeter der USA im Nahen und Mittleren Osten. Historiker schätzen, dass im Osmanischen Reich bis zu 1,5 Millionen Armenier von Türken getötet wurden, viele Forscher sprechen vom ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Die Türkei wehrt sich entschieden gegen diese Einschätzung und hat wiederholt erklärt, die Zahl der Toten sei übertrieben, und die Armenier seien Opfer von Bürgerkrieg und Unruhen geworden. (DPA)

## Vier Todesengel im Namen des Islams

Terroristen planten in Deutschland «zweiten 11. September» – jetzt wurden sie verurteilt

**Sie wollten den grössten Terroranschlag in der Geschichte Deutschlands verüben. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte deshalb die vier Terroristen der Sauerland-Gruppe zu Haftstrafen zwischen 5 und 12 Jahren.**

ERICH REIMANN, DÜSSELDORF (DDP) Der Vorsitzende Richter Ottmar Breidling sagte in seiner Urteilsbegründung: «Einen Anschlag von einem solchen Ausmass hat es in Deutschland noch nie gegeben und auch nicht die Verabredung zu einem solchen Anschlag.» Nach eigenem Eingeständnis hatten die Angeklagten im Auftrag der Islamischen Dschihad Union (IJU) in Deutschland Autobombenanschläge auf US-Soldaten in Discos, Kasernen und Flughäfen durchführen wollen. Dabei sollten mindestens 150 US-Militärangehörige sterben. Der Richter betonte, bei den Angeklagten handele es sich um «hasserfüllte, verblendete und von verqueren Dschihad-Ideen verführte junge Menschen». Im Namen des Islams hätten sie sich zu Todesengeln aufgeschwungen und geplant, ein



**DIE SAUERLANDBANDE** Fritz Gelowicz, Daniel Schneider, Atilla Selek und Adem Yilmaz. FRANK AUGSTEIN/REUTERS

riesiges Blutbad anzurichten. Im Kopf habe ihnen die Idee eines «zweiten 11. September» vorge-schwebt.

**Geständnisse waren strafmildernd**

Die höchsten Strafen verhängte das Gericht mit jeweils 12 Jahren Haft gegen die beiden zum Islam konvertierten Deutschen Fritz Gelowicz und Daniel Schneider. Gelowicz gilt als führender Kopf der Anschlagplanung. Schneider legte das Gericht neben der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung und der Verabredung zum Mord auch noch den versuchten Mord an einem Polizisten zur Last, auf den er bei der Flucht geschossen hatte. Der Türke

Adem Yilmaz muss für elf Jahre in Haft, der Deutschtürke Atilla Selek für fünf Jahre. Mit seinem Urteil blieb das Gericht nur geringfügig unter den Forderungen der Bundesanwaltschaft. Strafmildernd werten die Richter die umfangreichen Geständnisse der Angeklagten.

Die Angeklagten hörten das Urteil im Hochsicherheitstrakt des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes ohne erkennbare Regung an. Schneider, Yilmaz und Selek nahmen es noch im Gerichtssaal an. Der Verteidiger von Gelowicz sagte, sein Mandant tendiere in die gleiche Richtung. Doch wolle er noch eine Nacht darüber schlafen. Chefankläger Volker Brinkmann zeigte sich «sehr zufrieden» mit dem Aus-

gang des Prozesses. Er betonte, der Verzicht der Angeklagten auf Revision zeige, dass sie mittlerweile eingesehen haben, dass sie für ihr Tun büssen müssten.

**Spektakuläre Verhaftung**

Gelowicz, Schneider und Yilmaz waren im September 2007 in einer spektakulären Polizeiaktion in einem Ferienhaus im Sauerland festgenommen worden. Dorthin hatten sie sich zurückgezogen, um hochexplosive Wasserstoffperoxid-bomben zusammenzubauen. Schon vor dem Zugriff hatten die Ermittler die gefährliche Lösung allerdings gegen eine harmlose Ersatzflüssigkeit ausgetauscht. Selek wurde in der Türkei verhaftet.